



RSB Oberhausen

## Brauchen wir die Linie 105?

# Wir brauchen einen guten ÖPNV für alle!

Der Stadtrat hat beschlossen, dass die Oberhausener BürgerInnen am 8. März 2015 über die Verlängerung der Straßenbahnlinie 105 entscheiden sollen.

PETRA STANIUS

**D**er Abriss des Hauses der Jugend im vorvergangenen Jahr erfolgte in einer Nacht-und-Nebel-Aktion. Ein Bürgerbegehren für den Erhalt von Stadtteilbädern, für das mehr als 16.000 Unterschriften gesammelt wurden, wurde im Jahr 2007 mit dem Hinweis auf Formfehler abgewehrt.

Dies sind nur zwei markante Beispiele dafür, welches Verständnis von Demokratie und Mitbestimmung wir von der Oberhausener Stadtspitze gewohnt sind. Bei der Entscheidung über die Linie 105 weicht sie von ihrer üblichen Praxis ab. Dies ist begrüßenswert, wirft aber auch die Frage auf, warum der Rat ausgerechnet hier von sich aus auf sein Entscheidungsrecht verzichtet.

Wird hier wieder einmal die öffentliche Hand privaten Unternehmen kostenlos Infrastruktur zur Verfügung stellen? Profitieren würden von der verlängerten 105 sowohl das Centro als auch die künftigen Ansiedlungen auf dem Stahlwerksgele, wie mutmaßlich die Unternehmensgruppe XXXL mit dem Möbelhaus Rück. Die aufwändige Werbekampagne für die 105 macht eher miss- traulich, als dass sie überzeugend wirkt.

Der RSB Oberhausen ist dennoch für die Ver- längerung der Linie 105. Wir sind nicht der Mei- nung, dass es sich hier um ein unbezahlbares Leuchtturmprojekt handelt. Es ist notwendig, dass städteübergreifende Verbindungen ausgebaut wer- den. Ob die Linie 105 der wichtigste Lücken- schluss ist, oder ob es dringlichere Projekte gäbe, sei einmal dahin gestellt. Aber es wäre ein Anfang.

Unzweifelhaft wäre es sinnvoll, zunächst ein Konzept für einen städteübergreifenden öffentli- chen Personennahverkehr zu erstellen und dann einzelne Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Al- lerdings wird ein Verzicht auf die 105 weder zu ei- nem solchen Konzept noch zum Ausbau anderer Linien führen – sondern den schlechten Ist-Zu- stand bestenfalls aufrecht erhalten. Wir erhoffen uns von der Diskussion um Sinn und Unsinn der Linie 105 eine umfassende Debatte über die Be- deutung des ÖPNV, über die Notwendigkeit des Ausbaus und seiner Finanzierung.

Warum gibt es in Mülheim die Überlegung, die Straßenbahn einzustellen? Es ist – mit umgekehr- tem Vorzeichen – derselbe Grund, warum in Oberhausen (ausgerechnet) die Linie 105 verlan- gert werden soll: Die Gewährung, oder eben die Nicht-Gewährung, von öffentlichen Zuschüssen.

Dem öffentliche Nahverkehr wird immer mehr die finanzielle Grundlage entzogen. Die immen- sen – nicht nur finanziellen – Kosten für den Au- toverkehr, die von der Allgemeinheit getragen werden müssen, sind dagegen selten ein Thema.

Die durch „Sparmaßnahmen“ künstlich arm gehaltenen Kommunen sehen sich gehalten, mög- lichst wenig Geld für den ÖPNV zur Verfügung zu stellen. Nicht zuletzt wurden die Bundesmittel in den vergangenen Jahren erheblich gekürzt, z. B. für die Beförderung von SchülerInnen und Men- schen mit Behinderung. Ingesamt ist der ÖPNV dramatisch unterfinanziert.

Dies bedeutet nicht weniger, als dass der Staat sich auch hier aus der Daseinsvorsorge zurück-

zieht und damit ein gutes Stück Lebensqualität für die große Mehrheit der Menschen verloren geht. Ein guter ÖPNV bedeutet Mobilität für Viele bei möglichst geringer Belastung und Belästigung durch Dreck, Gestank und verunstaltete Lan- dschaften. Zu einem guten ÖPNV gehören ein dichtes städteübergreifendes Verkehrsnetz, häufi- ge Fahrten und gute Anschlüsse – und die Be- zahlbarkeit. Doch mit jedem Jahr steigen die Kosten für die Tickets. Kein Wunder, dass immer weniger Menschen Bus und Bahn nutzen wollen oder können. Die sinkenden Fahrgastzahlen sind wieder ein Argument für weitere Kürzungen.

Ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr und ein gut ausgebautes Nahverkehrsnetz würden neben Einsparungen bei Fahrkartenverkauf und -kon- trollen vor allem auch zu sinkenden Kosten beim Autoverkehr führen. Zu den Kosten für den letz- teren zählen auch bundesweit jährlich mehrere Tausend Tote und hunderttausende Verletzte.

Ein guter ÖPNV liegt heute in weiter Ferne, weil die chronische Unterfinanzierung von den Ver- antwortlichen als unvermeidlich und gegeben hingenommen wird. Eine spürbare Verbesserung der Situation wäre möglich, wenn die für den lau- fenden Betrieb und für Investitionen zur Verfü- gung stehenden Mittel erheblich erhöht würden. Die Forderung nach diesen Mitteln muss von den Kommunen ausgehen – und natürlich von den hier lebenden Menschen, die von den Einsparun- gen bei der Daseinsvorsorge direkt betroffen sind. Die Debatte über die Linie 105 bringt diese Fragen endlich auf die Tagesordnung. ■

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

derzeit bewegt der anstehende Ratsbürgerentscheid über die Ver- längerung der Linie 105 in Oberhausen die Gemüter. Zu diesem Thema nehmen wir mit einem Beitrag Stellung.

Den Schwerpunkt dieser sechsten Ausgabe unserer örtlichen Bei- lage zur *Avanti* haben wir auf das Thema Antirassismus / Antifa- schismus gelegt.

Bitte beachtet auch unseren Film-Tipp auf der letzten Seite.

Wir wünschen Euch eine anregende Lektüre!

Eure Redaktion

### Inhalt

TITEL	ANTIFA
01 <b>Nahverkehr:</b> Guter ÖPNV für alle!	03 Pegida und Islamismus – haut ab!
<b>ANTIRASSISMUS</b>	03 Pegida, Bagida, Kögida ...
02 <b>Flüchtlinge:</b> Tag der offenen Tür in derWeierstraße	<b>TERMINE</b>
	04 <b>Film:</b> „Unsere Chance - Résistance“
	04 Termine in Oberhausen

# Angekommen - Angenommen?

## Flüchtlinge in Oberhausen: Tag der offenen Tür am 21. März

Der RSB Oberhausen unterstützt den Tag der offenen Tür im Flüchtlingslager Weiherstraße am 21. März 2015 und dokumentiert hier die Einladung der Vorbereitungsgruppe.

**D**er 21. März ist der Internationale Tag gegen Rassismus und Frühlingsanfang. Beides hat im Zusammenhang mit dem Leben der Flüchtlinge eine Bedeutung. Die Flüchtlinge sind häufig rassistischen Vorurteilen ausgesetzt. Frühlingsanfang ist immer Hoffnung auf einen Neubeginn.

In unserer Stadt leben über 900 Flüchtlinge. Es sind Menschen aus vielen Ländern, verschiedener Hautfarben, Religionen, Ausbildungen, Berufen, alle Altersgruppen. Sie haben ihre Heimat verlassen, weil es dort Krieg gibt, sie aus politischen, religiösen oder sonstigen Gründen verfolgt wurden, oder die Lebensumstände so waren, dass sie nicht überleben konnten.

Die Menschen sind traumatisiert, haben häufig grauenvolle Erfahrungen während ihrer Flucht gemacht, Angst vor Abschiebung, vor den Auseinandersetzungen mit der deutschen Bürokratie.

Ein großer Teil der Menschen in Oberhausen lebt in Flüchtlingslagern, in Containern. Normale Wohnungen sind bislang nicht genügend vorhanden. In den Lagern gibt es so gut wie keine Privatsphäre, die baulichen, wohnlichen und hygienischen Bedingungen sind völlig unzureichend. Es gibt viele Kinder, aber bislang keinen Kinderspielplatz. Alle Einnahmen dieses Tages sollen der Grundstock für den Bau eines Kinderspielplatzes sein. Sachspenden werden gebraucht, Geldspenden zur Finanzierung des

Tages und für den Spielplatz sind herzlich willkommen.

Beim Tag der offenen Tür wollen die Bewohnerinnen ein Stück aus der Anonymität herauskommen. Sie wollen uns an ihrem Leben teilhaben lassen. ■

- Die Oberhausener Spielmobile machen mit,
- Das Theater Oberhausen wird mit den Kindern Theaterszenen spielen,
- Wir möchten mehr voneinander erfahren, miteinander reden und feiern.

### Zum Programm:

- Ausstellungen, Musik und Filme über Geschichte und Kultur der verschiedenen Herkunftsländer,
- Wir können handwerklichen Traditionen sehen,
- Es wird landestypisches Essen und Trinken geben,
- Für die Kinder wird es viele Spielmöglichkeiten geben,

### Wann:

21. März 2015 - ab 11.00 Uhr

### Wo:

Weierstraße 119  
Oberhausen - Sterkrade

**Herzlich willkommen!**

Ankunft des Fluchtfloßes der bundesweiten Flüchtlingsfloß-Tour am 12.08.2014 in Oberhausen



Foto: AvantiO.



### Den Tag der offenen Tür unterstützen

Spenden für den Tag der offenen Tür sind herzlich willkommen:

Vorbereitungsgruppe Angekommen - Angenommen?  
Kto: Stadtparkasse Oberhausen, Turkijana Selmanovska,  
IBAN DE 88 3655 0000 3041



# Pegida und Islamismus - haut ab!

Flugblatt des RSB Oberhausen zu den Pegida-Aufmärschen in Duisburg und anderswo

## Pegida und Islamismus - haut ab! Pegida et islamisme dégagez vous!

„Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ (Max Horkheimer)

„Ihr könnt keinen Kapitalismus haben ohne Rassismus.“ (Malcolm X)

Gegen den Terror-Anschlag auf die Redaktion von Charlie Hebdo haben weltweit Millionen Menschen protestiert. Zugleich hat die politische Vereinnahmung dieses Verbrechens begonnen.

### Nein zur Instrumentalisierung des Anschlags!

Pegida, Front National und Konsorten vergießen braune Krokodilstränen. Die Herrschenden aber nutzen ihn für die nächste Stufe des „Kriegs gegen den Terror“.

Obwohl es in Frankreich eine Vorratsdatenspeicherung gibt, konnte der Mord an den 12 Journalisten und Karikaturisten von Charlie Hebdo nicht verhindert werden. Dennoch will die GroKo jetzt die im Internet und der Telekommunikation bereits praktizierte Totalüberwachung auch in Deutschland legalisieren. Vertreter unterschiedlicher Parteien und Religionen fordern eine Einschränkung von Satire. Einige behaupten sogar, Charlie Hebdo habe den Anschlag provoziert. Der Schriftsteller Kurt Tucholsky hat bereits 1919 geschrieben: „Die Satire muss übertreiben und ist ihrem tiefsten Wesen nach ungerecht. Sie bläst die Wahrheit auf, damit sie deutlicher wird [...]. Was darf die Satire? Alles.“

### Nein zu Ausgrenzung und Rassismus!

Das „Problem“ sind nicht die ImmigrantInnen, sondern Rassismus und Diskriminierung. Die zunehmende Zahl restriktiver Einwanderungsgesetze in den letzten Jahren treibt MigrantInnen in die Illegalität, macht sie leichter angreifbar und damit für die modernen Sklavenhalter ausbeutbar.

Die Lösung liegt in der Gleichheit der Rechte: Recht auf Bestimmung des Aufenthalts- und Wohnortes, Legalisierung der „Illegalen“ und ein neues Staatsbürgerrecht, das nicht an die Nationalität gekoppelt ist, sondern das aktive und passive Wahlrecht allen EinwohnerInnen bei allen Wahlen zubilligt. Deshalb: Für die volle politische, soziale und rechtliche Gleichstellung aller Menschen!

### Neofaschismus und Islamismus bekämpfen!

Zuerst mit dem von Spitzeln und Staatsmitteln unterstützten Terror des NSU und jetzt mit Pegida & Co. haben Neofaschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit neue Höhepunkte erreicht. Dieser Gefahr ist mit einer konsequen-

ten Politik der Aktionseinheit entgegenzutreten. Die Hintergründe des NSU-Terrors und die Verstrickung der Geheimdienste sind ohne Einschränkung offenzulegen.

Der Islamismus wurde und wird von den Freunden des Kapitalismus unter US-Vorherrschaft gefördert und finanziert: in Saudi-Arabien, Afghanistan, Pakistan, Irak oder Syrien. Es gilt, die Wurzeln dieses Verwandten des westlichen Faschismus offenzulegen und seine menschenverachtenden Bestrebungen zu bekämpfen. Auch deshalb ist Solidarität mit dem kurdischen Verteidigungskampf in Kobanê erforderlich.

### Demokratische Rechte verteidigen!

Die Herrschenden konzentrieren sich darauf, den „starken Staat“ zu fördern. Angesichts der verschärften Angriffe auf unsere demokratischen Rechte ist eine entschlossene Gegenwehr erforderlich. Ein uneingeschränktes Demonstrations- und Streikrecht ist hierfür unabdingbar. Der fortgesetzte Ausbau der Überwachung unter dem Vorwand der „Terrorbekämpfung“ muss gestoppt werden.

Eine Gesellschaftsordnung, deren oberstes Gesetz der Konkurrenzkampf um immer mehr Reichtum und Macht für wenige Herrschende ist, kann keine menschliche Solidarität entfalten. Im Gegenteil: Rassismus und Islamismus einerseits, Passivität und Gleichgültigkeit andererseits sind die politischen Folgen. Konsequenz ist die Förderung des Kampfs aller gegen alle. Dessen Nutznießer sind die Herrschenden, denn die Vereinzelung verhindert kollektiven Widerstand.

### Was tun?

Wir sind der Meinung, dass Faschismus, Islamismus und Rassismus nicht per Dekret aus der Welt zu schaffen sind. Wir vertrauen keinem Staatsapparat, dessen Polizeispitzel in den faschistischen Organisationen verankert sind und der die Totalüberwachung vorantreibt.

Wir setzen auf die gemeinsame Kraft von AntifaschistInnen und AntirassistInnen. Wir setzen auf eine breite außerparlamentarische und internationalistische Bewegung für die konsequente Verteidigung der Menschenwürde und der Menschenrechte. In Oberhausen, Essen, Duisburg und überall. ■

### Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB) / IV. Internationale

RSB Oberhausen, Postfach 10 01 25, 46001 Oberhausen, Tel.: 0208-768 422 46  
Email: info@rsb4-oberhausen.de, Netz: www.rsb4.de

## „Wir sind keine Nazis, wir sind Bürger Deutschlands“

## Pegida, Bagida, Kögida, Hogesa und „Direkte Demokratie für Europa“

Viele Namen für eine Bewegung von Menschen, welche von ähnlichen Ängsten getrieben werden. Von Ohnmacht gegen „Die da Oben“, Verlust von Sicherheit und bis zu Ausbeutung. Das, gepaart mit der Feigheit des Individuums, hat nun durch die Initialzündung eines Dresdner Ex-Drogendealers endlich wieder mal die Macht der Masse tausendfach auf die Straßen gebracht.

### ERNST KOCHANOWSKI

W eil am eigenen Unglück ja nicht nur die unter einem Stehenden gut geeignet sind, sondern noch besser die gänzlich Unbekannten, kommen MigrantInnen und sonstige „Fremde“ gerade recht. Jetzt also Menschen aus dem islamischen Kulturkreis.

Nach jahrelanger Arbeit der Medien. „Kofferbomber“, „Hassprediger“, „Kalif von Köln-Mülheim“ oder sonst woher. Wir alle kennen die Schlagzeilen der letzten Jahre.

Zu allem Überfluss gibt es Bekundungen von CDU/CSU über FDP bis zu den Grünen, diese Leute anzuhören

und ihre Ängste ernst zu nehmen. Ernst zu nehmen, dass wir Weihnachten in einer Moschee feiern werden oder dass Pegida „Pressefreiheit“ bedeutet? Wie in Dresden zu hören war.

„Lü-gen-pres-se. Lü-gen-pres-se“ skandierten dort die Massen. Sie wehren sich in derselben als Nazis dargestellt zu werden. Dann war Ernst Röhm auch nur ein besorgter Bürger.

Von Menschen muslimischen Glaubens gibt es im Ausgangspunkt Dresden gerade mal 0,5 Prozent. Hier im Ruhrgebiet zwar mehr, aber dafür sind die „Abendspaziergänge“ der – jawohl! – Pegidazis von wesentlich weniger TeilnehmerInnen besucht. Nur zwischen 100 – 300 patriotische Bürger versuchen

hier montags die Islamisierung des Abendlandes in eine Idiotisierung umzuwandeln.

Augenzeugen haben ein „Who's Who“ von bekannten Nazis und Rechten aus Hamm bis Aachen ausgemacht. Der „Verfassungsschutz“ spricht von ca. 70 gewaltbereiten Personen aus der rechten Szene. Da aber die Sicherheitskräfte weiträumig absperren und auch einige tausend Nazi-GegnerInnen dicht gedrängt standen, war es kaum möglich einen Blick auf die „Wir-wollen-Weihnachten-nicht-in-irgendeiner-Moschee-verbringen-müssen“ BürgerInnen zu haschen.

Ähnlich sieht es, wie man der Presse oder auch Aussagen der Antifa ent-

nehmen kann, in anderen Städten der Republik aus.

Gerade wurde bekannt, dass das Pegidazi Gründungsmitglied Kathrin Oertel diese Vereinigung verlassen hat und – „aber nicht in Konkurrenz zu Pegida“ – eine neue Sau durchs Dorf treibt: „Direkte Demokratie für Europa“ heißt der Verein.

Hat Pegida also fertig und ist der Name verbrannt, wie es jüngst auch im RSB kursierte? Namen sind Schall und Rauch. Es stellt sich doch eher die Frage – man kann es auch komplizierter, stringenter und gescheiter ausdrücken: „Haben denn die Nazis fertig, und ist deren Gedankengut verbrannt?“ ■

# Alstom: Exemplarischer Widerstand

## Film „Unsere Chance – Résistance“

Donnerstag, 12.02.2015 um 19:00 Uhr im Linken Zentrum in Oberhausen, Elsässer Str. 19.

Der Film dokumentiert den betrieblichen Widerstand gegen Arbeitsplatzabbau und Standortschließung beim Kraftwerksbauer Alstom Power in Mannheim Käfertal, hauptsächlich aus den Jahren 2003 und 2005.

Alstom ist ein transnationaler Konzern mit heute etwa 93.000 Beschäftigten in rund 100 Ländern. Das Unternehmen ist vor allem im Schienenfahrzeug- und im Kraftwerksbau, aber auch im Stromübertragungsbereich tätig und hat eine über 100 Jahre alte industrielle Tradition.

Das Werk in Mannheim-Käfertal mit rund 1.700 Beschäftigten nimmt im Gesamtkonzern einen besonderen Platz ein. 2003 ging von hier ein international unüberhörbares Signal aus: Kein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen! Keine Entlassungen! Erhalt des Werkes! Ein wesentliches Motto dieser Widerstandsbewegung lautete: „Unsere Chance – Résistance!“

Der Widerstand der KollegInnen von Alstom ist ein Lehrstück über die erfolgreiche Organisation betrieblichen Widerstandes. Immer wieder konnte auf die Phantasie und das Engagement der Belegschaft gebaut werden, um Solidarität zu fördern, Aktionen für den Erhalt der Arbeitsplätze durchzuführen und Alternativen zum Kurs der Konzernleitung zu entwickeln.

Als Ende 2002 / Anfang 2003 die Kahlschlagpläne Alstoms bekannt wurden, formierte sich umgehend ein breiter betrieblicher Widerstand. Die Belegschaft konnte durch unterschiedliche Aktionen eine breite öffentliche Unterstützung gegen den geplanten Abbau mobilisieren. Ferner gelang es, mit den KollegInnen anderer Alstom-Standorte ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen. Schließlich konnten die Belegschaften von Betrieben in der Rhein-Neckar-Region für Solidaritätsaktionen gewonnen werden.

Zahllose Arbeitsniederlegungen, Versammlungen, der unangemeldete „Besuch“ von Aufsichtsratssitzungen, Demonstrationen einschließlich einer europaweiten Aktion vor der Pariser Konzernzentrale, eine 7-tägige Betriebsversammlung, die Gründung des Alstom Chors sowie die Aktivitäten eines überbetrieblichen Solidaritätskomitees zeugen von dem langen Atem, der für eine aktive Gegenwehr nötig ist. Die jeweiligen Auseinandersetzungen endeten mit Betriebsvereinbarungen zur Standortsicherung ohne Verzicht auf tarifliche Standards. Vor allem ab 2003 konnte ein zeitlich befristetes Verbot von Entlassungen durchgesetzt werden.

Der sehr sehenswerte Film zeigt, wie es den KollegInnen bei Alstom im-

mer wieder gelungen ist, der Resignation keine Chance zu geben, dafür aber der „Résistance“.

Unter der Losung „Unsere Chance – Résistance“ kämpften die KollegInnen von Alstom auch aktuell für die Wahrung und die Durchsetzung der Interessen der Beschäftigten:

Ende Juni 2014 vereinbarten Alstom und General Electric (GE) die Übernahme des konventionellen Alstom-Kraftwerksgeschäfts durch den US-Konzern. Dazu zählt auch das Werk in Mannheim. Für die kampferprobte Belegschaft hat mit GE ein neues Zeitalter begonnen: die „Diktatur der Zahlen“. Daraus werden sich erhebliche Veränderungen in den Arbeitsbedingungen und Arbeitszusammenhängen für nahezu alle Beschäftigten in Deutschland ergeben. Zum aktuellen Stand der Auseinandersetzung bei Alstom gibt es nach dem Film einen kurzen Bericht. ■

### TIPP 1

Ausführliche Informationen über den Widerstand der KollegInnen von Alstom findest Du auf der Website Alstom - Résistance – Widerstand: <http://www.resistance-online.eu>

### TIPP 2

Wenn der Film Dich interessiert, kannst Du ihn auch als DVD bekommen: Résistance – unsere Chance (DVD 2012, Länge: 35 Minuten) – Ein Film über den betrieblichen Widerstand gegen Arbeitsplatzabbau und Standortschließung beim Kraftwerksbauer „Alstom Power“ in Mannheim Käfertal.

#### Bestelladresse:

**IG Metall-VKL Alstom Mannheim c/o BR Alstom Mannheim,  
Kft/BR, Boveristr. 22, 68309 Mannheim  
Kostenbeitrag incl. Versandkosten: 10 Euro**

## RSB/IV. Internationale

# Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

#### Impressum:

RSB Oberhausen  
Postfach 10 01 25  
D-46001 Oberhausen  
**Fon:** +49 (0) 208 / 768 422 46  
**Email:** [info@rsb4-oberhausen.de](mailto:info@rsb4-oberhausen.de)



V.i.S.d.P.: RSB, 68026 Mannheim

#### TERMINE in Oberhausen

- Di, 11.02.15, 12:00, Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (Infos: Aktionskreis, Email: [ak-u-will@gmx.de](mailto:ak-u-will@gmx.de), Tel.: 0208/30754795)
- Do, 12.02.15, 19:00, Film „Unsere Chance – Résistance“ im Linken Zentrum in Oberhausen

#### Vorschau März:

- Di, 17.03.15, 19:00, Buchvorstellung/Diskussion „Kommunisten gegen Hitler und Stalin“, mit dem Autor und Historiker Marcel Bois